

Alle Bauplätze sind weg

Das Gratzfeld ist bei weitem noch nicht vollständig bebaut, aber die Gemeinde hat nun wohl keine Bauplätze mehr. Die letzten beiden Bauplätze, die noch ein Zeit lang als möglicher Standort für das Katharina-Mathis-Stift zurückgehalten wurden, sind nun verkauft und weiteren Interessenten kann von Seiten der Gemeinde nicht mehr geholfen werden. Sie sind auf den freien Markt angewiesen. Freie Bauplätze in privater Hand gibt es im Gratzfeld noch so einige, aber diese müssen nicht bebaut oder verkauft werden.

So will es das Merdinger Modell, und genau an dieser Stelle zeigt es

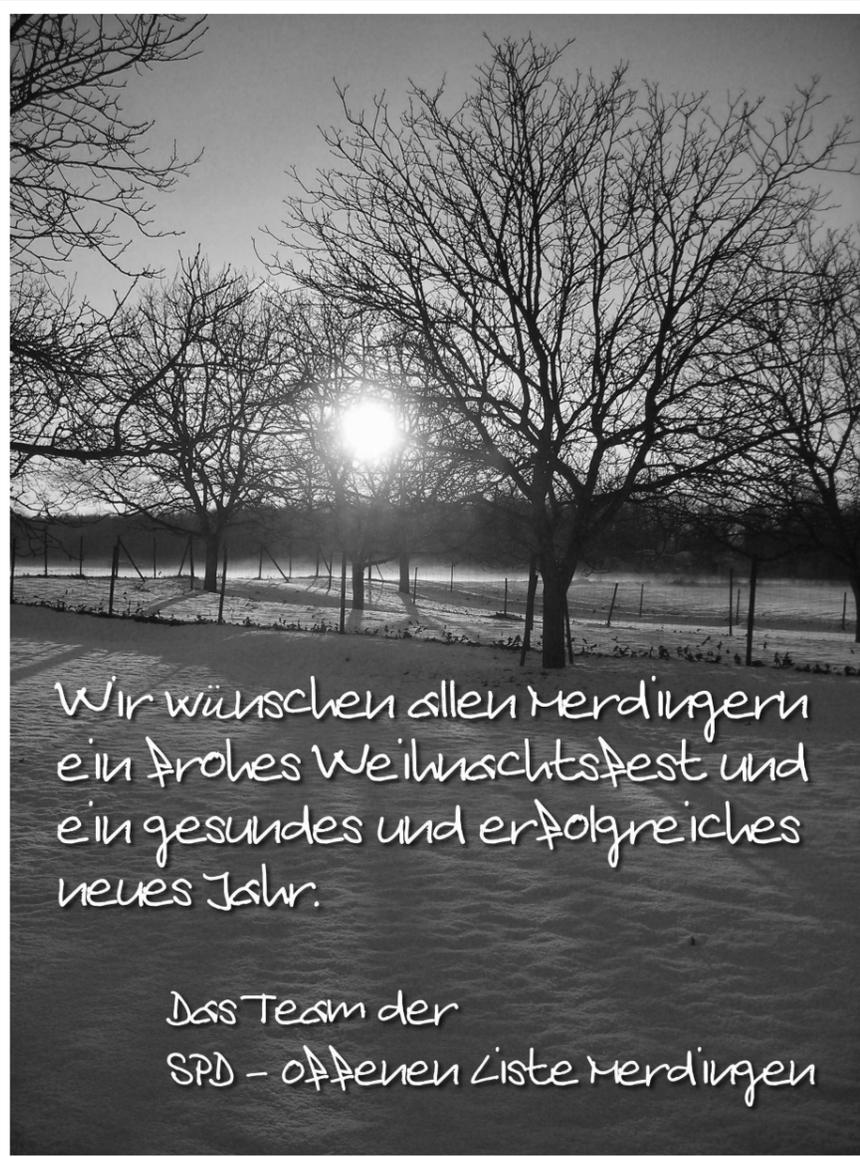
Schwächen, mit denen wir nun aber leben müssen. Mindestens ebenso schwierig ist die Innenverdichtung im Dorf. Auch hier werden nur selten unbebaute Plätze tatsächlich bebaut und die Siedlungsfläche somit nachverdichtet. Dies gilt ganz unabhängig davon, dass in der jüngeren Vergangenheit eine ganze Reihe alter Höfe und Gebäude liebevoll und aufwändig renoviert wurden.

Welche Möglichkeiten bleiben also? Natürlich können wir an die Besitzer freier Bauplätze appellieren oder ihnen bauwillige Interessenten zuführen. Das sollten wir ganz bestimmt tun, um eine Innenverdichtung zu er-

reichen. Vielleicht sollten wir aber selbst aktiv werden. Nicht notwendigerweise mit einem weiteren Neubaugebiet, das mühsam geplant, genehmigt und erschlossen werden will. Vielleicht schaffen wir die Ausweisung von Bauplätzen am Rande voll erschlossener, aber nur einseitig bebauter Straßen. Hier bietet sich zum Beispiel die Schönbergstraße an. Die Idee wäre, dass wir uns so auf recht einfache und preiswerte Weise ein kleines Bauplatzpolster anschaffen könnten, mit dem wir zum Beispiel bauwilligen jungen Familien helfen könnten. Gibt es andere Ideen?

Reiner Hug

Ja zu ~~X~~
Visionen
Ja zur ~~X~~
Zukunft



Wir wünschen allen Merdingern ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

*Das Team der
 SPD - Offenen Liste Merdingen*

IMPRESSUM:
 Zeitung der
SPD - Offene Liste Merdingen
 V.i.S.d.P. Bernd Trilling & Reiner Hug
 SPD OV Merdingen, In der Breige 16,
 79291 Merdingen, Telefon 07668/1540,
 info@offene-liste-merdingen.de
 www.spd-merdingen.de



GEMEINDE-RATSAM

Kommunale Zeitung der SPD - Offene Liste Merdingen
 Nr. 11 - Dezember 2011

Ab nach Ihringen... ...und zwar mit dem Bus

Den Wunsch von Merdinger Bürgern nach einem ÖPNV-Anschluss an Ihringen gibt es schon lange. Zusätzlichen Nachdruck hat der Wunsch durch die Anbindung Ihringens an die Breisgau-S-Bahn erhalten. Dies dokumentiert sich immer wieder in Gesprächen quer durch alle Altersgruppen. Interessantes Beispiel hierfür ist das Ergebnis der Jugendumfrage im Rahmen der letzten Gewerbeschau. Wer glaubte, dass es den Jugendlichen nur um verbesserte Freizeitangebote ging, sah sich getäuscht: Eine Ver-



Nicht nur Schulbuse sollen nach Ihringen fahren

besserung der ÖPNV-Anbindung Merdingens war mindestens genauso wichtig. Und gemeint war damit natürlich auch eine Möglichkeit, an das Netz der Breisgau-S-Bahn zu gelangen.

Die Breisgau-S-Bahn ist mit ihrer attraktiven Taktung seit ihrer Inbetriebnahme im Jahre 1999 eine beispielelose Erfolgsgeschichte, von der die angeschlossenen Gemeinden in vielerlei Hinsicht profitieren. Dies gilt leider nicht für Merdingen. Der attraktive Anschluss an den Schwarzwald, an Freiburg und somit auch an den



öffentlichen Fernverkehr ist für uns nur begrenzt nutzbar.

Nun hat der "Zweckverband Regio Nahverkehr Freiburg" (ZRV) mit der Deutschen Bahn, dem Land Baden-Württemberg und der SWEG das Projekt "Breisgau-S-Bahn 2020" verabschiedet. Die Breisgau-S-Bahn wird auf der Strecke Freiburg - Breisach elektrifiziert und bis 2018 so ausgebaut, dass die Strecke im 15-Minuten-Takt befahren werden kann. Dies stellt nicht nur eine erhebliche Attraktivitätssteigerung dar, vielmehr bieten diese Maßnahmen im besonderen auch eine Kapazitätserweiterung, die für die Erschließung weiterer Einzugsgebiete dringend gebraucht wird. Das hieße, dass auch umgekehrt die Breisgau-S-Bahn Interesse daran hätte, dass weitere Gemeinden das Netz mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. Merdingen darf hier den Anschluss nicht verpassen.

Klar ist, dass eine Veränderung der ÖPNV-Strukturen schwierig ist. Klar ist, dass der ÖPNV die Gemeinde Geld kostet. Klar ist aber auch, dass gute Konzepte erfolgreich sind und Sicherheit und Lebensqualität steigern (Beispiel: Nachtbusse). Klar ist darüber hinaus, dass es einen Bedarf gibt! Und klar ist, dass eine gute ÖPNV-Anbindung die Attraktivität Merdingens steigert, nicht nur, aber auch für junge Familien.

Wir wollen endlich nach Ihringen...
 ...und wenn es ein Anschluss über Gottenheim würde, dann wäre das auch schon was.

Reiner Hug

Liebe Leserinnen und Leser!

Herzlich willkommen zur neuen Ausgabe von **GEMEINDE-RATSAM!** Ein bunter Plätzchenteller mit vielen verschiedenen Themen: Es gab in diesem Jahr Ereignisse und Diskussionen, die die Welt bewegt und verändert haben. Aber auch in Merdingen ging es bei manchem kommunalen Thema heiß zur Sache. Wir haben also versucht, Vergangenes und Zukünftiges aufzunehmen, Überregionales und Örtliches aufzuarbeiten, um Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, zum Ende des Jahres nochmal etwas Lesestoff zu bieten, der hoffentlich zum Nachdenken anregt und wichtige Diskussionen auslöst bzw. weiter am Leben hält.

In diesem Sinne bedanken wir uns für das vergangene Jahr, für die offenen Worte und für die Unterstützung unserer Arbeit und wünschen uns allen vor allem ein gesundes, aber natürlich auch ein glückliches neues Jahr 2012.

Mit herzlichen Grüßen bis zur nächsten Ausgabe unserer **GEMEINDE-RATSAM!**
 Gemeinderäte und Team der
 SPD - Offenen Liste Merdingen

Ja zu ~~X~~
Bürger-
entscheiden
Nein zu
Bürger-
befragungen

REWE? Jein

Ein Schwank aus dem Merdinger Kommunalstadel

Erster Akt – Die Idee - (hinter verschlossenen Türen)

Der Billig-Discounter NETTO möchte in M. eine Filiale erbauen. Der Gemeinderat findet die Idee eigentlich gut, das Angebot und Attraktivität aber nicht ausreichend, weshalb bei einem „Voll-Sortimenter“, REWE, angefragt wird. Das Interesse ist da, ja sogar der Wunsch, einen über die Ortsgrenzen hinaus attraktiven großen Markt anzusiedeln. Diesbezüglich wird ein Rentabilitäts-gutachten erstellt.

Zweiter Akt – Streit im Dorf - (erst hinter vorgehaltener Hand, dann öffentlich)
Der örtliche Einzelhandel erhält Wind von der Geschichte und reagiert mit einer Unterschriftenaktion, die den Staus Quo erhalten soll. Die öffentliche Diskussion nimmt Fahrt auf, mit Beiträgen mit sehr fundierten Argumenten, aber auch locker bis unter die Gürtellinie. (Spätestens hier wäre eine Bürgerversammlung angebracht, um die Öffentlichkeit vollständig zu informieren. Spätestens hier wäre ein eindeutiges Votum des Bürgermeisters (und des Gemeinderates?) wichtig, das seine Vision für ein zukunftsorientiertes, familienfreundliches Merdingen klar macht.)

Dritter Akt – Die Entscheidung

Der Bürgermeister lässt eine Bürgerbefragung durchführen, die sich zu 2/3 gegen die Ansiedlung eines REWE-Marktes ausspricht. (Der Bürger freut sich, dass er direkt an der Gemeindepolitik beteiligt wird (könnte ruhig öfters vorkommen)). Der Gemeinderat tagt und entscheidet, dass er die Entscheidung nicht so eindeutig und abschließend entscheiden kann (siehe "Kommentierter Beschluss"). (Da die Bürgerbefragung rechtlich unverbindlich ist und der Gemeinderat auch nicht die am Ergebnis orientierten Konsequenzen zieht, bleibt bei vielen Bürgern ein schaler Geschmack und Unverständnis zurück.)



Epilog – Fragen über Fragen

A: „Kummt de REWE?“ – B: „Villicht.“
A: „Blibbt de BÄCHLE?“ – B: „Villicht.“
A: „Blibbt de Burgi?“ – B: „Gwiss.“
A: „Un mir?“ – B: „Ich gang.“
A: „Furt?“ – B: „Nei, in d' Rebe.“

Kommentierter Beschluss des Gemeinderates zur Ansiedlung eines Einkaufsmarktes:

Der Gemeinderat ist sich darin einig, dass für Merdingen aus Gründen der Standortattraktivität und der langfristigen Sicherstellung der Grundversorgung weitere Versorgungsmöglichkeiten gefunden werden sollten.

"anstatt eines REWE ein EDEKA oder doch ein TREFF oder gar ein LIDL?" Daher soll das Thema "Nahversorgung" bei sich bietenden Gelegenheiten "wenn REWE sagt, sie wollen, dann ...!"

weiter verfolgt und einvernehmliche Lösungen

"NEUKAUF mit Marktleiter Bächle und eigenständiger Bäckerei und Fleischabteilung?"

angestrebt werden. Die Bürgerschaft ist eingeladen, sich an der Erarbeitung nachhaltiger künftiger Nahversorgungsmöglichkeiten konstruktiv zu beteiligen.

"Eine neue BE-Gruppe (Bürgerschaftliches Engagement) unter Federführung des Bürgermeisters?!"

Bernd Trilling

Ja zu **Bürger-
versammlungen**

Nein zu
**nichtöffentlichen
Gemeinderats-
sitzungen**

**Volksbefragungen
Volksentscheide**

**Gleiche Geschichte -
anderer Erzähler...**

Weiter auf Seite 5

Ja zu **verantwortlichen
Entscheidungen**

Nein zur
**fahrlässigen
Un-
entschlossenheit**

Grundsteuererhöhung war richtig

Es ist die erste Veränderung in dieser Steuerart seit 2004 und die Anpassung fällt relativ moderat aus: Der durchschnittliche Hausbesitzer zahlt etwa zwanzig bis dreißig Euro mehr im Jahr. Dem gegenüber steht eine Mehreinnahme für die Gemeinde von rund 16.000 Euro. Keine Riesensumme also. Warum muss man da die Steuer überhaupt anheben?

Es stimmt: Die Summen sind nicht gerade berauschend. Andererseits fallen sie für die Gemeinde alle Jahre wieder als Einnahme an. Da darf man im Zuge der allgemein steigenden Kosten für alles mögliche (und für Energie im besonderen) schon mal ein bisschen darüber nachdenken.

Deshalb haben wir den Vorschlag der Verwaltung unterstützt, denn es ist ein begründbarer Weg, um einen verläss-

lichen Einnahmeposten in einem durch Gewerbesteuer und Co. stark schwankenden und kaum planbaren Haushalt etwas zu festigen. Begründbar deshalb, weil wir in der Tat in der Vergangenheit viele Dinge im Dorf verbessert haben: Schule, Kindergarten, DSL und einiges mehr.

Dabei muss bedacht werden: Vieles davon war kaum mehr als das Umsetzen von Landesvorgaben in Programmen, mit denen sich das Land schmückte, die es aber nie auch nur ansatzweise ausfinanziert hat. Ein guter Teil der Kosten blieb und bleibt an den Kommunen hängen, und die sind dann halt auf neue Geldquellen angewiesen... Zum Beispiel bei der Grundsteuer...

Oswald Prucker



**Volksbefragungen,
Volksentscheide**

Sie waren die großen Aufreger des Frühjahres im Dorf und des Herbstes im Land: Die Volksbefragung zum Merdinger Einkaufsmarkt und die Volksabstimmung zum Stuttgarter Bahnhof. Der Vergleich hinkt in Projektgröße und -bedeutung zwar gewaltig, die Entscheidungen waren in beiden Fällen aber klar und eindeutig. Was man in Stuttgart daraus macht, ist zumindest politisch klar: Der Bau des Bahnhofes wird nun vorangebracht. Muss auch, denn das Ergebnis einer Volksabstimmung ist bindend.

Das ist bei uns etwas anders, denn eine Befragung dient nur zum Einholen eines Meinungsbildes. Naja, das haben wir wohl ein bisschen überbetont. Unterschiedliche Meinungen gab es bei jeder Fraktion/Gruppe/Partei, und keine wollte die andere als Verlierer dastehen lassen. Dabei ist uns dann irgendwie die Klarheit der Stimme des Volkes abhanden gekommen. Heraus kam ein Beschluss, der wohl so labbrig ist, dass ihn keiner verstanden hat. Mario Schöneberg titelte in der "Badischen" zu Recht süffisant: "Gemeinderat sagt „Jein“ zum Merdinger Supermarkt."

Chance vertan, kann man sagen, wie es wohl für das ganze Projekt so gilt. Zu lange unter Verschluss gehalten, damit die Gerüchteküche zum Brodeln gebracht, was letztlich erst zu der Bürgerbefragung führte. Im Resultat wenigstens stimmt es: Bürgers Wille wird erfüllt, von einem Markt am Ortsrand spricht derzeit keiner mehr.

Oswald Prucker

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Atomstrom selbst abschalten und zu einem Öko-Stromanbieter wechseln

Fukushima hat uns alle geschockt, "Fessene" gibt's immer noch. Wer auf Dauer Atomstrom abschalten will, muss selbst sauberen Strom beziehen. Eigentlich ist die Geschichte ganz einfach:

Ökostromanbieter raussuchen, Tarif festlegen, bestellen, den Rest besorgt dann der neue Anbieter. Das Schwierigste ist tat-

sächlich, den richtigen Anbieter mit dem richtigen Tarif zu finden. Es gibt inzwischen so viele Anbieter, dass man am besten das Internet bemüht, um sich zunächst zu informieren, die eigenen Kriterien festzulegen und dann mittels eines „Tarifrechners“ die Auswahl einzugrenzen. Wichtigstes Kriterium ist, dass der Anbieter bzw. der Tarif zertifiziert ist, damit man auch tatsächlich Ökostrom bekommt. Es gibt eine Reihe von Zertifikaten,



die von Mogelpackungen (RECS) über Standard (TÜV) bis hin zu sehr strengen, aber guten Zertifikaten (GRÜNER STROM LABEL) gehen. Wichtig ist, dass ein Teil des Strompreises in Neuanlagen investiert wird. Nähere Informationen und Tarifrechner finden sich unter:

- www.atomausstieg-selber-machen.de
- www.ecotopten.de
- www.bund.net/bundnet/aktiv_werden/aktionen/atomausstieg_selber_machen/
- www.greenpeace.de/themen/energie/energiewende/artikel/sauberer_strom_worauf_sie_achten_sollten/
- www.ökostrom.info/ökostrom,
- www.ökostrom.info/ökostrom-guetesiegel
- www.ökostrom.info/ökostromanbieter

Viel Erfolg beim Wechseln!

Bernd Trilling

Nix Überquerungshilfe, Tempo 30 reicht

Der Landkreis ist mit der Einhaltung der Tempo-30-Regelung in der Langgasse zufrieden. Die aufgestellten Tempoanzeigen werden deshalb abgebaut und nur noch sporadisch zur Verfügung gestellt. Eine Überquerungshilfe wird es trotz unzähliger Unterschriften und vehementer Forderungen nicht geben. Was hat das für Konsequenzen? Ein paar Gedanken dazu:

Tempo 30 wird gut beachtet, meint das Landratsamt. Naja. Ein Schnitt von über 40 km/h spricht da eher eine andere Sprache, und die gemessenen Höchstgeschwindigkeiten lesen sich mitunter ziemlich schauerlich. Zumindest gegen letzteres hilft aber auch eine Überquerungshilfe nicht. Insgesamt wird aber langsamer gefahren, und das wird uns von Anwohnern auch bestätigt. Das ist in der Tat eine gute Entwicklung, die hoffentlich auch dann bestehen bleibt, wenn die Tempoanzeigen wieder weg sind. Vielleicht sollten wir da eigene anschaffen und dann solche nehmen, die die gemessenen Werte auch aufzeichnen und so das Verkehrsgebaren dokumentieren. Dies wäre sicher sinnvoll.

Das Landratsamt bedauert, dass Blitzgeräte nirgendwo mehr auf privatem Grund aufgebaut werden können. Das bedauere ich auch, was aber die geringere meiner Gemütschwankungen in diesem Zusammenhang ist. Es macht mich nämlich fuchsteufelswütend, wenn ich höre, was den Geschwindigkeitskontrollleuten und den Bürgern, die ihre Einfahrt zur Verfügung stellten, so angedroht wurde. Da war so einiges deutlich jenseits des Anstandes, des gesunden Menschenverstandes und mitunter auch sehr nahe am Straftatbestand. Das hat mich schockiert, und das zeigt mir, dass es immer noch einen gewissen Anteil an Leuten gibt, die wohl elementare Grundregeln des Zusammenlebens nicht verstanden haben. Zumindest wenn

es um das Auto geht.

Wenn wir nun schon keine Überquerungshilfen bekommen, sollten wir ernsthaft andere Maßnahmen ins Auge fassen.

Dazu gehört vielleicht, dass wir einen Fußweg entlang der Kirchenmauer hinbekommen. Schon jetzt sind genau dort Senioren mit Rollatoren unterwegs, die nicht einfach dauernd von einer Straßenseite auf die andere wechseln können. Gleichzeitig würde sich durch diesen Gehweg die Einsicht in die Langgasse und von der Langgasse im Bereich zwischen Rathaus/Kirche und Bürgerhaus/Zehntplatz stark verbessern. Nicht unwichtig, wenn wir an den Bau des Katharina-Mathis-Stifts denken. Möglich wäre dieser Gehweg, es müsste aber die Bushaltstelle geopfert werden, und vermutlich würden wir auch auf den Kosten sitzen bleiben.

Eine weitere etwas frustrierende Tatsache ist, dass man zwar in weiten Teilen der Langgasse nur 30 fahren darf, fast überall sonst und eben auch in engen Gassen theoretisch 50



Ein Herz für Merdingen

erlaubt ist. Ich schreibe „theoretisch“, denn nirgendwo ist mehr erlaubt, als die Verkehrssituation zulässt, und keine Verkehrssituation lässt in der Kirchgasse im Bereich der Kirche tatsächlich Tempo 50 zu. Trotzdem unbefriedigend. Wäre also schon zu erforschen, ob wir nicht irgendwie dorfwweit Tempo 30 hinkriegen könnten. Wie dieser Vorschlag wohl so aufgenommen wird? Emotional, nehme ich an. Ich bin zur Diskussion bereit und gebe für den Moment meine Forderung nach einer Überquerungshilfe auf.

Oswald Prucker

Grün-rote Landesregierung hilft den Kommunen bei der Kleinkindbetreuung

Der vor einigen Tagen zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden geschlossene „Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern“ setzt ein wesentliches Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zur Unterstützung junger Familien um – Worten folgen Taten. Das berichtet uns unser Landtagsabgeordneter Christoph Bayer.

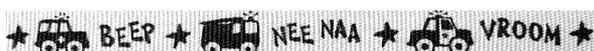
Die Zuweisungen des Landes nach §29 c Finanzausgleichsgesetz BW werden im Jahr 2012 von 129 um 315 auf 444 Millionen Euro erhöht und im Jahr 2013 von 152 um 325 auf 477 Millionen Euro – eine Umschichtung von Landesmitteln an Kommunen in einem in Baden-Württemberg noch nie da gewesenen Maß.

Konkret erhält Merdingen allein im

Jahr 2012 statt 30.000 Euro nun 79.000 Euro und damit 49.000 Euro mehr für die Betreuung von Kleinkindern (0 bis 3 Jahre) in Kindertageseinrichtungen.

Zusätzlich bekommt der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald im Jahr 2012 595.000 Euro mehr an Zuweisungen für den Ausbau der Betreuung durch Tageseltern. Mit diesen Beträgen erhält unser Dorf erhebliche Spielräume, um zumindest die bereits bestehenden Betreuungsangebote zu sichern. Und unter „bestehenden Angeboten“ verstehe ich nicht nur die öffentlichen Einrichtungen, sondern auch die private Initiative von Rita Ehret.

Reiner Hug



B31: Weder Norden noch Süden, sondern gar nicht

Die B31 wird nicht bis Breisach weiter gebaut. Eine Entscheidung, die der grüne Verkehrsminister Herrmann wohl im stillen Kämmerchen traf und dann in einer Art verbreitete, die schon sehr an die abgewählte CDU-Herrlichkeit erinnert. Sehr schlechter Stil, würde ich sagen. Mehr aber auch nicht.

Denn was soll der Mann denn tun: Es gibt nicht genug Geld für alle Ver-

kehrprojekte, die man als sinnvoll erachten kann. Was streicht man in solchen Fällen zuerst? Die Wackelkandidaten. Was denn sonst. Die Nordvariante wird bevorzugt. Die Klage dagegen ist angekündigt. Die Straße wäre in den nächsten Jahren (Jahrzehnten?) ohnehin nicht gebaut worden.

So viel war schon vor dem Stuttgarter Erlass recht klar.

Jetzt müssen erst Mal die Wunden gelect werden, und dann muss sehr zügig eine Lösung für die eigentlichen Verlierer an den Ihringer und Wasenweiler Durchgangsstraßen gefunden werden. Auch die Betroffenen in Gottenheim dürfen nicht vergessen werden. Das wird nicht einfach.

Oswald Prucker

spd-merdingen.de

Meistens aktuell und zur Lektüre empfohlen: die Webseite des Teams der SPD - Offenen Liste Merdingen

B31: Trotz Baustopp eine gelungene Lösung

Es kam, wie es kommen musste: Nachdem jahrelang geplant worden war, Wünsche, Forderungen und Notwendigkeiten mühsam unter einen Hut gebracht worden waren, kamen diverse Verbände und Gemeinden zum Schluss doch noch darauf, dass die Planung so für sie völlig untragbar sei. Hierbei ging es insbesondere bei den Gemeinden um rein egoistische Ziele: Infrastruktur - Ja, aber kein Verkehr, Umgehungsstraße - Ja, aber am besten bei den anderen. Dass das nicht funktionieren konnte, war abzusehen. Vor allem, wenn man weiß, wie angespannt die öffentlichen Haus-

halte sind, und es jede Menge andere wichtige Verkehrsprojekte gibt. So war die Nachricht vom Ende des B31-Projekts auch keine Überraschung. Ich empfinde diese Entscheidung sogar als die einzig richtige, da die Hauptziele erreicht werden und Geld gespart wird. Hauptanliegen war doch, für den täglichen Verkehr das Nadelöhr Umkirch zu beseitigen. Dies hat eindrucksvoll funktioniert. Der Verkehr kann sich mit den bestehenden Lösungen fließend in Richtung Tuniberg und Kaiserstuhl aufteilen. Wer nach Breisach will, insbesondere der Schwerlastverkehr, kann über die

A5 Bad Krozingen und dann über die B3 ohne Ortsdurchfahrt auf bestens dafür ausgebauten Straßen schnell und komfortabel nach Breisach gelangen. - Ziel erreicht! Dass durch den Baustopp Geld gespart wird und wichtige Naturräume erhalten bleiben, ist mehr als nur ein Nebeneffekt. Infrastrukturplanungen sollten in einem gesunden Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen und den Umweltschutz nicht vergessen. Dies ist beim B31-West-Projekt mit dieser Entscheidung gelungen! Glückwunsch!

Bernd Trilling